

# Laibacher Zeitung.



Nr. 183.

Preisnumerationspreis: Im Comptoir ganzl. N. 11, halbj. N. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. N. 15, halbj. N. 7.50.

Freitag, 13. August

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 50 kr., 3mal 40 kr., 4mal 30 kr., 5mal 20 kr., 6mal 10 kr., 7mal 10 kr., 8mal 10 kr., 9mal 10 kr., 10mal 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1869.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Entschließen vom 2. August d. J. dem Liquidator der Allerhöchsten Privatfamilienfondscassen, kaiserl. Rathe Franz Dermier aus Anlaß seiner Veretzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen ersprißlichen Dienste das Ritterkreuz des Franz-Josephs-Ordens huldvollst zu verleihen und den Cassier Moriz Zahnel zum Liquidator allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließen vom 6. August d. J. den Landesgerichtsrath in Graz Joseph Teischinger zum Oberlandesgerichtsrathe bei dem steiermärk.-kärnt.-krain. Oberlandesgerichte allergnädigst zu ernennen geruht.

Herbst m. p.

Der Justizminister hat den Staatsanwalt bei dem Landesgerichte in Graz, Landesgerichtsrath Dr. Johann Melé auf eine erledigte Rathsstelle im Gremium des dortigen Landesgerichtes überetzt.

Der Justizminister hat die erledigten Bezirksrichterstellen in Steiermark, und zwar jene in Friedberg dem Bezirksgerichtsadjuncten in Kirchbach Franz Payer, jene in Vorau dem Bezirksgerichtsadjuncten in Weit Michael Herman und jene in Liezen dem Landesgerichtsadjuncten in Graz Nikolaus Haller verliehen.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten in Marburg Jacob Laßbacher zum Bezirksrichter in Lüsser ernannt.

Der Justizminister hat den Oberlieutenant-Auditor des zweiten Banalgrenzregiments Eduard Martin als zum Bezirksgerichtsadjuncten in Paternion ernannt.

Der Justizminister hat den Oberlieutenant-Auditor des zweiten Banalgrenzregiments Ferdinand Mataschek zum Bezirksgerichtsadjuncten in Laas ernannt.

Der Justizminister hat zu Bezirksgerichtsadjuncten in Kärnten, und zwar für Wolfsberg den steiermärkischen Auscultanten Felix Hüttenbrenner und für St. Paul den kärntnerischen Auscultanten Dr. Robert Böhrner ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten Johann Moschner über sein Ansuchen von Kojetein nach Friedel überetzt und den Auscultanten Emanuel Boigt zum Bezirksgerichtsadjuncten in Kojetein ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. August.

### Der Verfassungstag in Cilli

bildet einen so hervorragenden Wendepunkt in dem Parteileben des österreichischen Südens, daß wir, nachdem wir einen wahrheitsgetreuen Bericht über die thatsächlichen Vorgänge bei demselben gebracht haben, nunmehr auch auf die Konsequenzen dieses Tages, auf die Nachwirkungen desselben ein Blick werfen müssen. Es war vor Jahresfrist, als wir in diesen Blättern öfter Anlaß nahmen, auf die Nothwendigkeit der Bildung politischer Vereine hinzuweisen, in welchen die Verfassung leben gewinnen und wie das Blut im menschlichen Organismus die ganze Lebensfähigkeit vermittelt, so auch der constitutionelle Geist alle Ader der Bevölkerung durchdringen, die Freunde einer gesetzmäßigen und friedlichen Entwicklung auf dem Boden der Verfassung aber enger zusammenscharen und in der Vereinigung Kraft und Muth zu fernerer unverdrossener Thätigkeit finden möchten. Unsere Erwartungen sind in Erfüllung gegangen. Der constitutionelle Verein für Krain ist durch den Eifer patriotischer Männer ins Leben gerufen worden. Er hat bereits ein Jahr rühmlicher Thätigkeit hinter sich, er hat an der Entwicklung der Verfassung, an allen das Land bewegenden Fragen eifrigen Antheil genommen und er hat zur Kräftigung des constitutionellen Bewußtseins, zur Bekämpfung reactionärer Gelüste viel beigetragen.

Wenn nun auch die Thätigkeit des constitutionellen Vereines gesetzlich und statutenmäßig auf Krain eingeschränkt ist, so ist es doch ein erhebender Anblick, zu

sehen, wie die gleichen Gefühle, die gleichen Absichten auch in Nachbarländern Wurzel schlagen und, getragen von dem Bewußtsein gemeinsamer Gefahr und gemeinsamer Hoffnung, auch dort die Verfassungsfreunde sich zusammenscharen, wie sie Verfassungstage ins Leben rufen, welche geeignet sind, den Anhang der Verfassungstreu zu vermehren, die Ideen der Verfassung in's Volk zu tragen und durch veröhnliches Entgegenkommen, durch sachliche Aufklärung die von gegnerischer Seite als Hebel gegen die Verfassung benützten Nationalitätszwistigkeiten zu beseitigen. An dem Verfassungstage in Cilli haben sich viele Verfassungsfreunde aller Stände nicht allein aus Laibach, sondern auch, was besonders erfreulich, aus anderen Städten des Landes theiligt. Sie sind in Cilli mit Gesinnungsgenossen aus dem steierischen Unterlande zusammengetroffen und haben auf der Rednertribüne einem, großentheils aus schlichten Landleuten bestehendem Publicum gegenüber mannhafte die Untheilbarkeit der Kronländer, gegen welche nur einzelne Parteiführer reactionärer Tendenz, gestützt auf irgeleitete Massen, agitiren, und mit ihr zugleich die praktischen Interessen der Bevölkerung vertheidigt. Sie haben aber auch ihren stets veröhnlichen unparteiischen Standpunkt betont, sie haben, auf dem Boden der Verfassung stehend, brüderlich die Hand den außer demselben stehenden Slovenen entgegenstreckt, indem sie die Errichtung slovenischer Parallellassen in Cilli und Marburg zu befürworten, ohne den mindesten Widerstand, ja mit allgemeiner freudiger Zustimmung, beschlossen. Sowie sich hier die stets veröhnliche, allem Racenhaf abholde Stimmung der Verfassungsfreunde bethätigte, so trat andererseits in der ganzen Versammlung und in dem Verhalten der Verfassungsfreunde überhaupt, die zweite, sie zu einer wahrhaft staatsmännischen Partei stempelnde Eigenschaft hervor — die Legalität und Loyalität derselben. Wenn auch die Redefreiheit in dem vollen Maße, wie wir es in Oesterreich glücklicherweise gewohnt sind, waltete, so fielen doch keine aufreizenden Worte, alle Redner richteten ihre Angriffe gegen die Sache, nicht gegen die Personen. Aber auch die Bevölkerung Cilli's und der Umgebung, welcher in Parteiblättern eine große Aufregung gegen den Verfassungstag unterschoben wurde, protestirte eben durch die so herzliche als glänzende Aufnahme in Cilli selbst, als auch durch ihre vollkommen ruhige, ja durchaus freundschaftliche und theilnehmende Haltung gegen diese perfiden Insinuationen. Wir dürfen uns also durch den Verfassungstag in Cilli in jeder Hinsicht befriedigt fühlen. Die Freunde der Verfassung haben durch ihn neue Kraft im Contacte mit Gleichgesinnten gewonnen, die Bevölkerung ist von den wohlwollenden und veröhnlichen Absichten der als Deutschthümer verschrienen Slovenen überzeugt und es ist der Weg zu immer weiterer Verbreitung dieser wohlthätigen Wirkungen eröffnet worden, indem die Absicht ausgesprochen wurde, die Verfassungstage fortzusetzen und nach und nach alle Gauen der slovenischen Sprache mit dem echten, allen Strebungen gerechten Verfassungsgeiste zu erfüllen. Hoffen wir, daß auch in unserem engeren Vaterlande Krain die bessere Einsicht immer tiefere Wurzeln schlagen und seinerzeit auch eine Verfassungstag in Laibach den Triumph der liberal-nationalen Principien bezeichnen werde.

### 4. Sitzung der Delegation des Reichsrathes.

Wien, 10. August.

Der Vorsitzende Fürst Carlos Auersperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Auf der Ministerbank: Beust.  
Dr. van der Straß verliest den Bericht des Budgetausschusses der reichsräthlichen Delegation über Titel I des Voranschlags des Ministeriums des Aeußern: Centralleitung und geheime Auslagen. Der Antrag des Budgetausschusses lautet: Die hohe Delegation wolle beschließen:

„Für die in Titel I präliminirten ordentlichen Ausgaben der Centralleitung den vollen hiefür angesprochenen Betrag per 373.942 fl. zu bewilligen; dagegen aber den mit der Note vom 19. Juli 1869 aus Anlaß der Vorrückung eines Hof- und Ministerialrathes in die höhere Gehaltsstufe erst nachträglich angesprochenen Betrag per 1050 fl. nicht zu bewilligen.“  
(Ohne Debatte angenommen.)

Bei der Post „geheime Auslagen“ stellt der Budgetausschuß den Antrag: Die hohe Delegation wolle beschließen:

„Den im Titel I für geheime Auslagen präliminirten Betrag per 500.000 fl. unter der Voraussetzung,

daß keinerlei andere Beträge für geheime Auslagen in Anspruch genommen werden, zu bewilligen.“

Dr. Leonardi nimmt gegen diesen Antrag das Wort. Von der Ansicht ausgehend, daß die zu votirende Summe ebenso den übrigen Ministerien, wie dem des Aeußern zugute kommen soll, beginnt Redner mit dem Ministerium des Krieges und der Marine, und betrachtet bei der gegenwärtigen friedlichen Constellation einen Dispositionsfond für das Kriegsministerium als überflüssig. Dasselbe gelte so ziemlich für das Ministerium des Aeußern als solches. . . . Es sei ein öffentliches Geheimniß, daß die geheimen Auslagen zum Theile in Subventionen bestehen, die an Journale oder Journalisten abgegeben werden. Redner ist für die ungetrübte öffentliche Meinung, und erklärt darum das Subventionsystem für verwerflich, vom socialen wie vom finanziellen Standpunkte. Es entspreche auch nicht der Würde des constitutionellen Staates; um dies theoretisch nachzuweisen, fehlen ihm die Gründe nicht; er führe nur das Eine an, daß jedes Journal und jeder Journalist sich entschieden dagegen verwahrt, von der Regierung bezahlt zu sein, und Jedem mit einer Ehrenbeleidigungsklage droht, der ihm solches vorwirft. . . . Es ergebe sich daraus nun, daß das Ministerium des Aeußern im Inlande keine, im Auslande nur eine geringe Summe für Subventionen benötigt, und es sei erstaunlich, daß hiezu eine halbe Million nöthig sei. Für das Landesverteidigungsministerium sei dies nicht nöthig, denn für den Polizeistatus sind im Budget des Landesverteidigungsministeriums 3 Millionen angesetzt. Wenn noch mehr nöthig sei, müsse er annehmen, daß neben der öffentlichen eine geheime, unsichtbare Polizei existire. Er lasse die Nothwendigkeit einer solchen nur in den „höchst seltenen Fällen“ gelten, in denen die Regierung vom Standpunkte der Nothwehr zum Gebrauche dieser „unsichtbaren Personen“ genöthigt sei. Auf alle Fälle fehle ihm jeder Maßstab für die Bemessung der Höhe der geheimen Ausgaben. Die Summe von 500.000 fl. scheint ihm zu hoch gegriffen. Er stellt schließlich den Antrag, 200.000 fl. für geheime Auslagen zu votiren, somit einen Abstrich von 300.000 fl. vorzunehmen.

Der Antrag wird unterstützt.

Delegirter Svetec spricht sich zur Unterstützung des Leonardi'schen Antrages gegen die sogenannte officiöse Presse aus, sie schädige geradezu den Staat, indem sie der Richtung der Geister im Staate, der nationalen und religiösen, so namentlich katholisch-religiösen entgegenetrete. Die Slaven z. B. werden verfolgt, ihre Führer werden lächerlich gemacht, selbst ihre körperliche Gestalt muß das Subject für die Angriffe der öffentlichen Blätter abgeben. (Heiterkeit links.) — Auch in religiöser Richtung herrsche dieselbe Heze. Man sucht und sucht, bis man etwas gegen die Religion gefunden und schreit es dann in alle Welt hinaus. (Unruhe links und im Centrum.) Es gibt vielleicht Einrichtungen, die absoluter und veralteter sind, als die der katholischen Kirche. . . . Die officiöse Presse kann ungefährdet Alles thun und treiben, während die nationale und religiöse, katholische Presse immer vor dem Staatsanwalt zittern muß. Der Staatsanwalt hängt vom Minister ab (oho!), der Minister inspirirt das Journal, gegen dieses darf der Staatsanwalt dann doch nicht auftreten. (Oho!) Redner erklärt, er werde darum für den Abstrich stimmen.

Reichskanzler Graf Beust nimmt das Wort.

Der Budgetposten, welcher den Gegenstand der letzten Rede bildete, ist ein nothwendiger und unvermeidlicher. Das Ministerium hat dieses mal sich veranlaßt gesehen, mit dem Vorschlage einer Abminderung entgegenzukommen, weil es sehr wohl sich auch davon Rechenschaft gibt, daß diese ganze Bewilligung in mancher Beziehung etwas Unliebsames ist, weil es selbst, wie ich das bei früheren Gelegenheiten aussprach, davon durchdrungen ist, daß das Ministerium mit dieser Bewilligung selbst eine Last und keine Annehmlichkeit übernehme, und gerade deshalb man also den Beweis geben wollte, daß man möglichst darauf bedacht sei, durch Sparsamkeit den Betrag abzumindern und gewissermaßen das Lästige der ganzen Sache etwas abzuschwächen.

Ich möchte gerade an den letzten Theil der Rede meines ersten Herrn Vorredners anknüpfen, woraus hervorging, daß er hiebei das Ministerium des Aeußern als Stellvertreter oder Ersatzmann des früheren Polizeiministeriums betrachtete. In dieser Beziehung findet eine Fortsetzung früherer Uebungen gar nicht statt. Eine gewisse Art der geheimen Polizei, die in früheren Zeiten stattgefunden haben mag, ist jetzt hinweggefallen: die

Zeiten haben sich eben vollständig geändert. Gerade die Ausbreitung der constitutionellen Freiheiten und die damit verbundene freie und öffentliche Bewegung macht es völlig unzulässig, daß eine derartige Einrichtung noch heute besteht. Einmal würde die Erfüllung dieser Aufgabe eine sehr schwierige sein, und andertheils würde das in geradem Widerspruche mit dem Geiste unserer jetzigen constitutionellen Einrichtungen stehen. Auf der anderen Seite aber hat sich die Stellung der Gesamtmonarchie nach außen ganz anders gestaltet, wie früher.

Die allgemeine Staatspolizei, welche darauf berechnet ist, Gefahren von der Gesamtmonarchie abzuwenden, ihre Sicherheit zu fördern und zu gewährleisten — das freilich hat in neuerer Zeit eine ganz andere Gestalt gewonnen. Der ganze Gegenstand ist so beschaffen, daß, um mit dem Herrn Vorredner selbst zu reden, man immer in einem gewissen Rahmen des Geheimnisses bleibt, und ebenso, wie leider es nicht möglich ist, über die Verwendung Rechenschaft abzulegen, es auch nicht thunlich ist, über alle Umstände und Verhältnisse sich ausführlich zu ergeben, welche einen solchen Dispositionsfond nothwendig in die Hände der Regierung gelegt sein lassen. Aber ich glaube, daß ein ganz einfacher Umblick nach allen Seiten hin, eine ganz ruhige und vorurtheilsfreie Anschauung der Dinge, die um uns herum vorgehen, genügt, um zu zeigen, warum heute eine größere Aufmerksamkeit auf alles das gerichtet werden muß, was sich von Außen nach Innen und von Innen nach Außen bewegt.

Die öffentliche Sicherheitspolizei, von der der Herr Vorredner sprach, hat damit nichts zu thun. Diese wird durch das zunehmende Verkehrsleben bis zu einem gewissen Grade gesteigert, aber sie kann eben vollkommen öffentlich betrieben werden, weil gar kein Grund vorhanden ist, sie in ein Geheimniß zu hüllen. Das Geheimnißvolle aber dieser nach Außen gerichteten Staatspolizei, das ist ganz einfach bedingt durch das Geheimnißvolle dessen, was man eben beobachten soll.

Ich denke, die Zeiten werden sich auch in der Beziehung ändern, und es wird das Dunkel immer mehr verfliegen werden, und je mehr das geschieht, desto mehr werden auch die Mittel, die gegen das Dunkel angewendet werden, in das volle Licht treten können.

Der geehrte Herr Vorredner gab zwar zu, und zu diesem Ende will er ja auch eine beschränkte Bewilligung ertheilen, — daß Ausnahmiszustände eintreten, wovon namentlich in Angelegenheiten der Presse für die Regierung eine gewisse Nothwehr besteht. Ich erlaube mir entgegenzuhalten, daß, was er einen Ausnahmiszustand nennt, eben ein Normalzustand ist — leider! Es war mehr wie je nöthig, und ist es noch heute, daß gegenüber den theils sehr irrigen und theils auch übelwollenden Vorstellungen, welche außerhalb Oesterreichs über unsere Zustände verbreitet werden, die Wahrheit sich geltend mache, und man das österreichische Interesse durch volle Darlegung des wahren Sachverhaltes sicherstelle.

Daß mitunter wieder die Fäden auch dieser publicistischen Thätigkeit von Innen nach Außen und von Außen nach Innen sich richten müssen, das liegt in der Natur der Sache, ohne daß damit im Geringsten der Standpunkt verlassen wäre, der dem gemeinsamen Ministerium von beiden Delegationen angewiesen ist und der eben darin besteht, die staatspolizeilichen Rücksichten und auch die Aufklärung in der Presse nach Außen und vom Standpunkte der Sicherheit des Reiches nach Außen zu wahren.

Der Herr Vorredner sagte, die Regierung bedürfe bei einem aufrichtig und vollständig geordneten constitutionellen Zustande nicht dieser Mittel zu ihrer Vertheidigung und man müsse es der Journalistik überlassen, sich selbstständig ihr Urtheil zu bilden, das öffentliche Urtheil müsse unverfälscht wiedergegeben werden, und schlimmsten Falles stünden ja der Regierung die Preßproceße und im äußersten Falle Ausnahmemaßregeln zu Gebote.

Nun, ich glaube, die allgemeine Auffassung dürfte wohl die sein, daß die Anwendung des letzten Mittels und selbst die Anwendung der gesetzlichen Mittel, nämlich der Preßproceße, nicht so zuträglich ist, als wenn die Regierung in der Presse selbst Gelegenheit findet, sich zu vertheidigen. Ob, wenn jede Verührung der Regierung mit der Presse wegsiele, die öffentliche Meinung dann noch unverfälschter zum Ausdruck gelangen würde, das lasse ich dahin gestellt sein; es wird aber, wenn man von officiöser Presse spricht, sehr viel hineingemengt, was vielleicht den Namen verdienen kann, aber gar nicht im Zusammenhange steht mit dem, was die geehrten Vorredner vor Augen hatten; es gilt manches Blatt für ein officiöses, das ganz freiwillig, aus Ueberzeugung, für die Regierung Partei ergreift und oft gerade in sehr entschiedenem Ausdrucke austritt, wie dies erst neulich geschehen ist, ohne daß dazu eine Inspiration der Regierung Veranlassung gegeben hätte oder irgend ein ähnlicher Beweggrund für dieses Blatt bestünde.

Daneben kommt es auch vor, daß einzelne Blätter, die gar nicht aus anderen Gründen der Regierung dienen, es dem Interesse ihres Blattes angemessen halten, sich zu informiren und dadurch manchmal ebenfalls den Charakter des Officiösen annehmen.

Man wird mir vielleicht einwenden, daß gerade dieser letztere Umstand geeignet wäre, die Verwendung von

Mitteln für Preßzwecke überflüssig erscheinen zu lassen, allein hier mach: ich wiederum aufmerksam, daß wir es namentlich mit der auswärtigen Presse zu thun haben, und daß die Regierung gerade bei einer sehr ausgebreiteten Preßfreiheit und Preßbewegung, der man grundsätzlich durch zu viel Preßproceße nicht zu viel Hemmnisse in den Weg legen soll, absolut genöthigt ist, unter Umständen, die, wie die Erfahrung zeigt, sehr häufig eintreten, rüchhaltslos und mit voller Entschiedenheit vertheidigt werden zu können.

Daß mitunter Mißgriffe dabei vorkommen, das ist zu bedauern, ist aber sehr schwer zu vermeiden. Es ist aber unmöglich, wenn man nicht eine Censur einführen will, die weder, glaube ich, in den Absichten dieser hohen Versammlung liegen würde, noch sonst auch auszuführen wäre, daß man da in der Lage ist, für jedes Wort einzusehen, das ein Journal bringt, daß sich eben eine Inspiration bei der Regierung holt; und wie ich schon gestern gethan habe, muß für solche Ausschreitungen, wenn ich sie so nennen darf, die Solidarität des Ministeriums entschieden abgelehnt werden.

Der geehrte Herr Redner hat seine Darstellung gegeben, die, wie mir schien, nicht gegen die officiöse Presse, sondern gegen die Presse im Allgemeinen gerichtet war; — seine Ausführungen hatten gewiß in einzelnen Beziehungen sehr Treffendes, sie gingen aber in manchen Beziehungen über das Wahre hinaus, und ich glaube, daß das Ministerium nicht den Beruf hat, hier die gesammte Presse gegen diese Angriffe zu vertheidigen.

Ich kann versichern, meiner Ueberzeugung nach würde diejenige Schonung, welche er in Beziehung auf gewisse Fragen als wünschenswerth bezeichnet, kaum eintreten, wenn alle Einflußnahme der Regierung auf die Presse, welche er die officiöse nennt, hinwegfielen, ich glaube, daß gerade im Gegentheil viele mäßigende Elemente vorhanden sind, die er damit beseitigen würde, wenn er die Mittel entziehen wollte, in dieser Beziehung zu wirken.

Er erwähnte sogar die Benützung der äußeren Gestalt; — ich glaube, es weist das auf Wigblätter hin — nun hoffe ich nicht, daß er auch diese als officiös betrachtet, denn ich meine, daß das Ministerium in diesem Falle einen ziemlichen Beweis von Selbstlosigkeit geben würde. (Heiterkeit.)

Ich muß aber den Herrn Redner doch darauf aufmerksam machen, daß, wenn er von der Heftigkeit der Sprache redete, er nur von der einen Seite gesprochen hat und nicht auch von der anderen, wo die Heftigkeit der Sprache wohl eine gleiche war (Zustimmung) und auf der von ihm berührten Seite jedenfalls mehr eine Abwehr als ein Angriff wahrgenommen werden konnte.

Daß er meine gestrigen Worte vertrauensvoll begrüßte nehme ich sehr dankbar an, ich glaube aber, er kann wohl hieraus die Ueberzeugung schöpfen, daß solche heftige und verletzende Artikel von dem Ministerium, und insbesondere von mir nicht inspirirt werden, sowie ich auch darauf aufmerksam machen muß, daß ein solches Verhältniß nicht besteht, daß der inspirirende Minister — der also ich hier zu sein die Ehre haben würde — auch zugleich Vorgesetzter des Staatsanwalts ist. Der Staatsanwalt ist von dem Minister des Außern nicht abhängig; der Staatsanwalt hat einzuschreiten, so oft das Gesetz verlegt ist. Also nach allen Seiten sind verfassungsmäßig die gehörigen Garantien geboten; es ist nichts nothwendig, als daß Alles von der Verfassung Gebrauch mache; dann glaube ich, werden die Klagen verstummen und wir werden dann in bessere Zustände kommen. (Beifall.)

Berichterstatter van der Straß vertritt den Ausschußantrag, der bei der Abstimmung angenommen wird.

Berichterstatter Dr. van der Straß verliest sodann den Bericht des Ausschusses über Titel 2 „Diplomatische Auslagen. Ordentliche Auslagen,“ und stellt den Antrag:

Die hohe Delegation wolle beschließen:

- 1. Der Gesandtschaftsposten in Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg und Braunschweig sei aufzulassen.
- 2. Von dem in Titel II. „diplomatische Auslagen,“ präliminirten ordentlichen Auslagen per 971.050 fl. sei ein Abstrich von 8.600 „ zu machen und hiefür nur ein Betrag von 962.450 fl. zu bewilligen.

3. Das gemeinsame Ministerium des Außern sei aufzufordern, die Funktionsrechte des Gesandten in Sachsen bei einem in der Person desselben eintretenden Wechsel auf 10.000 fl. festzusetzen.“ (Schluß folgt.)

### 5. Sitzung der ungarischen Delegation.

Wien, 9. August.

Stratimirovic überreicht eine Interpellation an den Kriegsminister mit der Frage, ob die gesetzlich garantirte Autonomie der griechischen Kirche der katholischen gegenüber in der Armee gewahrt werde. (Wird dem Kriegsminister zugestellt werden.)

Die Specialdebatte über das Budget des Ministeriums des Außern wird fortgesetzt.

Bei der Subvention für die Montenegriner beantragt Stratimirovic, daß dieselbe diesmal das

letzte mal genehmigt werden möge und daß man die flüchtigen Montenegriner anweise, sich Amnestie auszuwirken. Diese Subventionierung sei vom Fürsten Montenegro stets als Act der Feindseligkeit aufgefaßt worden und widerspreche dieselbe in der That jenem Gefühle der Freundschaft gegen die christlichen Völker des Orients, die das Program der Monarchie sein müsse.

Die 20.000 fl. für die Montenegriner werden votirt, der Antrag Stratimirovic's entfällt.

Bei der Subvention an den österreichischen Land werden im Sinne des Commissionsantrages die Postentnahmen mit 80.000 fl. in Abzug gebracht.

Das Gesamterforderniß des gemeinsamen Ministeriums des Außern erscheint daher mit 4,131.210 fl. votirt.

Es wird der folgende Beschlußantrag des Grafen Wolfgang Bethlen verlesen und motivirt denselben der Antragsteller mit kurzen Worten.

Nachdem sowohl von den Zahlungen des Personals der gemeinsamen Ministerien der österreichisch-ungarischen Monarchie, als auch von denen der diplomatischen Vertreter und der Consuln, schließlich auch von den Pensionen des Gesandtschafts- und Consulatspersonales Einkommensteuer gezahlt wird, möge die Delegation aussprechen, daß diese Einkommensteuer zu Gunsten der gemeinsamen Cassa verrechnet werde, und wenn die betreffenden Summen im Staatskosten-Voranschlage nicht als Einkommen verrechnet sein sollten, so sollen dieselben von dem Erfordernisse im Vorhinein in Abzug gebracht werden.

Pulszky erklärt, die Verathung habe bereits begonnen; es sei unthunlich, Bethlen's Antrag einfach zu beseitigen. Die Delegation möge aussprechen, daß sie die fragliche Einkommensteuer als gemeinsame betrachte, die Austragung der Angelegenheit jedoch von den zwei Finanzministern und den Parlamenten erwartet.

Pulszky's Antrag wird angenommen.

Hierauf wird die dritte Lesung des Budgets des gemeinsamen Finanzministeriums vorgenommen und beantragt Bitto die Wahl einer Commission von 7 Mitgliedern zur Formulirung der Nuntien an die österreichische Delegation. Der Antrag wird angenommen.

Baron Orczy antwortet auf die Interpellation Fodorczy's in der Flaggenfrage. Das gemeinsame Ministerium müsse sich an die übereinstimmenden Beschlüsse der beiden Parlamente halten; der gemeinsame Handels- und Zollvertrag stelle die Flagge in der Art fest, wie das gemeinsame Ministerium des Außern sie eingeführt habe. Die Abmachungen zwischen Ungarn und Kroaten können einstweilen, bevor die Zustimmung des österreichischen Parlamentes erfolgt ist, für's gemeinsame Ministerium nicht maßgebend sein.

Auf die Interpellation Bethlen's und Kemeny über die Angelegenheit der Protestanten in Bukarest antwortet Baron Orczy, daß schon aus dem Grunde, weil nicht sämtliche Bukarester Protestanten Staatsangehörige dieser Monarchie seien, die Einflußnahme der rumänischen Regierung nicht zu beseitigen sei. Nichtsdestoweniger sei die Regierung bestrebt, den rechtmäßigen Einfluß der ungarischen geistlichen Oberbehörde zu wahren. Was die Bergewaltung des Seelforgers Koenig anlangt, habe die Regierung von dem Factum Kenntnis erhalten; sie habe auch in officieller Weise Protest erhoben, und sei bestrebt, dem Beleidigten sein Recht zu verschaffen. Das gemeinsame Ministerium des Außern erachte es überhaupt für seine Pflicht, die Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie aller Orten zu schützen. Zu bemerken sei, daß die Verührung und der Verkehr zwischen dem Consul in Bukarest und dem protestantischen Seelforger alldorten sich bloß auf diesen Schutz beschränkt habe.

Auf die Interpellation Stratimirovic's, die Frage betreffend, ob das Ministerium gesonnen sei, in Montenegro ein Consulat zu errichten, kann der Regierungsvertreter nicht sofort antworten.

Um halb 12 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

### 6. Sitzung der ungarischen Delegation.

Wien, 10. August.

Präsident: Graf Anton Majlath.

Nach Authentisirung des Protokolls der letzten Sitzung überreicht Stratimirovic zwei Petitionen vom Gewehrfabrikanten Wänzl und von dem Kupferwerksbesitzer Jarzobny, die von Wichtigkeit für die Waffenfabrication und für die Wehrfähigkeit der Monarchie sein sollen. Stratimirovic beantragt, daß diese zwei Petitionen dem Kriegsminister zur Meinungsäußerung übergeben werden sollen. (Wird angenommen.)

Hierauf wird das Budget des gemeinsamen Ministeriums des Außern in dritter Lesung votirt und werden die Stimmzetteln für die Siebenercommission zur Formulirung der Nuntien abgegeben. Gewählt ersetzte: Pulszky, Szell, Bitto, Pajner, Vogovics, Kany und Kemeny.

Es wird sofort das Protokoll der heutigen Sitzung verificirt und hierauf die Sitzung um 1 1/4 Uhr geschlossen.

## Wasser-Gesek.

Der „Gesekentwurf“ über die Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer“, welcher unter den für die Landtage vorbereiteten Regierungsvorlagen unftreitig die wichtigste ist, will die Theilnahme am Wasser, wenn sich Ansprüche der Unternehmer entgegenstellen, folgendermaßen regeln:

a) Treten neue Unternehmungen mit schon bestehenden Anlagen in Widerstreit, so sind vor allem die rechtmäßigen Ansprüche in Bezug auf schon bestehende Anlagen sicherzustellen und erst dann die neuen Ansprüche nach Thunlichkeit zu befriedigen:

b) kommen neue Unternehmungen unter sich in Widerstreit, so gebührt zunächst derjenigen Unternehmung der Vorzug, welche von überwiegender Wichtigkeit für die Volkswirtschaft ist. Bleibt darüber ein Zweifel, so ist das vorhandene Wasser aus Rücksichten der Billigkeit, namentlich durch Festsetzung gewisser Gebrauchszeiten oder durch andere den Gebrauch desselben zweckmäßig regelnde Bedingungen in der Art zu vertheilen, daß jeder Anspruch bei fachgemäßer und wirtschaftlicher Einrichtung der Anlagen so weit als möglich befriedigt wird. Können aber nicht alle Bewerber betheiligt werden, so sind vorzugsweise jene Ansprüche zu berücksichtigen, welche die vollständige Erreichung des angestrebten Zweckes und die mindeste Belästigung Dritter voraussetzen lassen. Diese Grundzüge sind analog auch in den Fällen in Anwendung zu bringen, wo wegen eingetretener Wassermangels bereits bestehende Wasserbenützungsansprüche nicht vollständig befriedigt werden können, wo Ansprüche nicht vollständig befriedigt werden können, wo bei übrigens bestehende Uebereinkommen oder erworbene besondere Rechte vor allem zu schützen sind, und in Widerstreit hierüber der ordentliche Richter zu erkennen hat.

Die Ausführung aller nach dem Gesekentwurf einer Genehmigung bedürftiger Anlagen unterliegt der Oberaufsicht der politischen Behörden. Dieselben haben sich nach erfolgter Ausführung der Anlagen von deren Uebereinstimmung mit der erteilten Genehmigung, bei Trieb- und Stauwerken insbesondere von der richtigen und zweckmäßigen Sekung des Staumasses die Ueberzeugung zu verschaffen und die Beseitigung der dabei etwa wahrgenommenen Mängel und Abweichungen zu veranlassen. Die unmittelbare Aufsicht über alle Anlagen zur Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer führen die Ortspolizeibehörden, welche in dringenden Fällen ohne Verzug das im Interesse der öffentlichen Sicherheit Nothwendige vorzunehmen, wo aber keine Gefahr im Verzuge ist, vorerst die Weisung der zuständigen Verwaltungsbehörde einzuholen haben. Kommen die Verpflichteten dem von der Ortsobrigkeitsbehörde erhaltenen Auftrage binnen der festgesetzten Frist nicht nach, so ist dieselbe befugt, die nothwendigen Arbeiten auf Kosten der Säumigen bewerkstelligen zu lassen. Sämtliche Verhandlungen mit Parteien in Wasserangelegenheiten sind in der Regel mündlich unter Zulassung von rechts- und sachkundigen Beiständen zu führen und zu denselben nach Erforderniß Sachverständige von Amtswegen beizuziehen.

## Der Siede für Oesterreich.

Der „Siede“ beschäftigt sich seit einiger Zeit mehr als gewöhnlich mit dem, was in der österreichisch-ungarischen Monarchie vorgeht, und wir nehmen Act von seinen Auslassungen, die in einer an diesem Blatte besonders überraschenden Weise sympathisch und anerkennend für den alten Kaiserstaat gehalten sind. Von den daselbst stattgehabten Reformen sagt er, daß sie als musterhaft angesehen werden müßten und direct zum Bedeuten und zur Steigerung der staatlichen Wohlfahrt führten. Der Aufschwung, den Handel und Industrie in der österreichisch-ungarischen Monarchie genommen, die Sympathien, mit denen man sich in deutschen Staaten neuerdings ihr zuwendet, die Gesinnungen, die unter der magyarischen und selbst unter der slavischen Bevölkerung des Kaiserreiches zu Tage kämen, sind ihm eben so viele Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptung.

Ein zweiter Artikel des „Siede“ stellt das Vorgehen des Grafen Beust auf diplomatischem Gebiete anerkennend in den Vordergrund; Graf Beust spreche sich klar aus und habe mit den solennen und traditionellen Gehörten großer oder kleiner Cabinetsintriguen definitiv gebrochen. Er sage wohl nicht Alles, was er wisse, und man würde ihm sicherlich ein sehr unwillkommenes Compliment machen, falls man behaupten wollte, daß in Oesterreich gegenwärtig die gesammte internationale Politik öffentlich verhandelt werde, und daß außer dem im Rothbuche erschienenen Documenten keines vorliege, das die Mühe einer weiteren Veröffentlichung gelohnt hätte. Jedemfalls aber sei der Fortschritt in dieser so wie in vielen anderen Richtungen in der österreichisch-ungarischen Monarchie klar und ersichtlich. Gerade das werde jedoch dem Grafen Beust übel genommen, denn man wolle nicht, daß die Steuern zahlende und Soldaten gebende Bevölkerung in die Staatsgeheimnisse Einsicht erhalte, obwohl die öffentliche Meinung Europa's diese Methode beifällig begrüße und über die entgegengesetzte den Stabforderungen einer Epoche vermöge niemand aufzukommen. Nun heiße aber das dringendste Bedürfniß der solidarisch verbundenen Völker, daß die internationale Politik offen und unverhüllt getrieben werde.

## Bu den Crierter Excessen

Schreibt die „Tr. Ztg.“ unterm 11. d. M.: Gestern Nachmittags wurden noch einige Verhaftungen vorgenommen. Unter Anderm zog ein Haufe von Strolchen mit einer Art Fahne an der Spitze vom Holzplaz zum Plaz der Barriera vecchia und beging allerlei Ausschreitungen, denen das Einschreiten einer Patrouille ein Ende machte. Auch wurden mehrere Personen in räuberischer Absicht angefallen oder sonst behelligt. Die Gesamtzahl der Verhafteten, theils wegen der gestrigen Demonstrationen, theils wegen verbrecherischer Angriffe auf fremdes Eigenthum oder wegen Beleidigung der Sicherheitsorgane beträgt 42. Im Ganzen verging der Nachmittag ruhig, obwohl nicht zu verkennen war, daß noch eine gewisse Aufregung herrschte. Der Statthaltereileiter Herr FML. Moering wurde auf der Rückkehr von einem Gange durch die Stadt von einem zahlreichen Volkshaufen unter Covivarnen bis zur Statthaltereie begleitet. Abends machten zahlreiche verstärkte Patrouillen die Runde; die Kausläden, so wie Gast- und Caffehäuser wurden frühzeitig geschlossen. In später Stunde erschien folgende Kundmachung des Podestä:

„Von Seite Sr. Excellenz des Herrn Statthaltereileiters wurde mir freundlich folgende telegraphische Depesche des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mitgetheilt: „Vom Reichskriegsministerium wurde der Antrag behufs Auflösung der Territorialmiliz bereits vorgelegt; der darauf bezügliche Beschluß wird erwartet. Sobald derselbe gefaßt ist, wird die betreffende Anordnung im telegraphischen Wege erfolgen.“

Die Nacht verging ruhig. Nur hören wir, daß gegen Mitternacht einige Banden von fremden Eigenthume gefährlichen Individuen sich in der Nähe der Barriera vecchia zeigten, denen eine Polizeipatrouille zu Leibe ging, worauf sie sich in der Richtung der Vorstädte zerstreuten.

Wir können bei diesem Anlasse nicht umhin, die sehr bedauerliche Thatsache zu constatiren, daß bei einem Theile der Bevölkerung die Achtung vor dem Gesek, der Sinn für Geseklichkeit stark erschüttert ist. Dies ist um so beklagenswerther, als die freisinnigen Staatseinrichtungen, in deren Genuße wir uns befinden, die Mittel gewähren, die Wünsche und Bedürfnisse unseres Gemeinwesens auf vollkommenem geregelterm Wege zur Geltung zu bringen. Weitere Ausschreitungen, zu denen es jedoch, wie wir zuversichtlich hoffen, nicht kommen wird, könnten nur zu energischen Repressivmaßregeln führen und müßten demnach auch auf den Handel und Verkehr unserer Stadt den nachtheiligsten Einfluß üben; es liegt mithin gewiß im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit, sie zu vermeiden und zu verhüten, und Alle, denen das wahre Wohl unserer Stadt am Herzen liegt, sollen eifrig zusammenwirken, um dieselbe vor einem so traurigen Geschehe zu bewahren.

Wie der „Diav.“ erzählt, wurden zwei in Landhäusern nicht weit von der Stadt wohnende Familien von (slowenischen) Landbewohnern mit Drohungen und Insulten derart behelligt, daß sie sich genöthigt sahen, in die Stadt zurückzukehren. Der „Diav.“ fügt bei: „Bisher haben die Slaven auf dem Lande die Stadtbürger, welche im Territorium wohnen, allerdings nicht belästigt; jetzt aber scheinen sie durch irgend ein verderbliches Element, das um jeden Preis die Unordnung will, aufgehetzt zu sein.“

Der Magistrat macht bekannt, daß die Ausloosung für die Militäraushebung morgen den 12. d. M. in der großen Kaserne stattfinden soll. Die Loosungsverzeichnisse umfassen sowohl die Conscriptirten der Stadt als jene des Territoriums.

Mit Bezug auf die gestrigen Ruhestörungen erwähnt der „Osserv. tr.“, daß an den Mauern angeschlagene Zettel die Aufforderung enthalten haben, nicht zur Loosung zu erscheinen, „da auch die Territorialbewohner sich nicht einfinden“. Letzteres war aber falsch, da, wie auch der Herr Podestä in seinem Proclam hervorhebt, die Territorialbewohner erschienen; freilich seien sie mit feindseligen Demonstrationen empfangen, theilweise sogar mißhandelt worden.

## Oesterreich.

Prag, 10. August (Rundschreiben.) Das „Pr. Abendbl.“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Statthaltereileiters an die Bezirkshauptmänner folgenden wesentlichen Inhalts: In den meisten Wahlbezirken erfolgt eine Neuwahl deshalb, weil die Abgeordneten von den Sitzungen der vorjährigen Landtagsession ausblieben und des Mandats verlustig erklärt wurden. Bei den jetzigen Ergänzungswahlen sollte man mit Recht voraussetzen, daß die Bevölkerung aus eigenem Antriebe solche Abgeordnete in den Landtag wählen wird, von denen sie überzeugt ist, daß sie ihrer Pflicht nachkommen werden. Leider hat aber in vielen Wahlbezirken ein Theil der Bevölkerung, irregeleitet durch die Agitationen einer Partei, welche in unglaublicher Verblendung durch Fernhaltung von allen legislativen Arbeiten und durch rücksichtslose Hintansetzung der wichtigsten Landesinteressen die Verwirklichung ihres politischen Programmes herbeizuführen wähnt, die nothwendige ruhige Anschauung der Verhältnisse verloren. Ein anderer Theil der Bevölkerung zögert aus Mangel an moralischem Muth, die verfassungsmäßigen

Bahnen zu betreten, daher die Vornahme von Scheinwahlen zu besorgen ist. Der verfassungsfeindlichen Partei gegenüber kann die Regierung unmöglich eine passive Haltung einnehmen; sie hat vielmehr die Pflicht, mit allen erlaubten Mitteln entgegenzutreten und die Wähler wo möglich zu bestimmen, daß sie nur solchen Männern ihr Vertrauen schenken, die mit der Stellung eines Landtagsabgeordneten nicht ein unwürdiges Spiel treiben. Der Statthaltereileiter zweifelt nicht, daß die Bestrebungen der Bezirkshauptmänner durch die Einwirkungen der Opposition vielfach werden durchkreuzt und erschwert werden; es werde jedoch den Bezirkshauptmännern nicht entgangen sein, daß die Opposition aus einer Inconsequenz in die andere fällt und dadurch selbst den Regierungsorganen die Handhabe zu erfolgreicher Bekämpfung darbietet. Es werde auch die Unterstützung von Männern, die den Muth besitzen, ihrer Ueberzeugung mannhast Ausdruck zu geben, nicht ausbleiben. Der Statthaltereileiter hegt die feste Ueberzeugung, daß die gute Sache in nicht ferner Zukunft überall den Sieg davontragen wird.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben der k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft in Salzburg zur Bestreitung der durch die demnächstige Ausstellung erwachsenen Auslagen einen Beitrag von 200 Gulden übersendet und die gnädigste Zusicherung erteilt, daß höchstderjelbe die Ausstellung besuchen und die Preisvertheilung dabei selbst vornehmen werde.

— (Chirurgentag.) Am 15., 16., event. 17ten September l. J. wird in Briinn der dritte Chirurgentag abgehalten, zu welchem nicht nur Wundärzte, sondern auch alle Doctoren der Heilkunde geladen sind. Mitglied-Karten à 2 fl., durch welche eine Preisermäßigung bei Eisenbahn- und Dampfschiff-Fahrten erlangt wird, sind bei dem Präsidenten des perm. Ausschusses, Herrn Leopold Holly, Wien, Rennweg Nr. 53, als auch bei der Redaction der Zeitschrift der Wundärzte Oesterreichs, Wien, Kegelgasse Nr. 15, zu haben. Da auch Doctoren der Heilkunde theilnehmen sollen und die Regelung der ärztlichen Personal-Verhältnisse demnächst in Aussicht steht, so dürfte bei dem reichhaltigen, zugleich wissenschaftliche Vorträge einschließenden Programme der dritte Chirurgentag von erhöhtem Interesse sein.

— (Petarde.) Einen großen Aufschuß verursachte am 9. d. M. Abends in Innsbruck eine Petarde, welche in einem Hause explodirte. Der „T. B.“ meldet darüber: Die Besitzerin eines Hauses in der Seilergasse hörte Abends die Hausthüre knarren und fand bei der sogleichen Nachforschung auf der Klinke der offenen Hausthüre einen Knäuel Spagat, welchen sie sofort mit sich nahm und mit dem sie sich in das Zimmer begab, in welchem eine andere Frau anwesend war. Dieselbe bemerkte jedoch, daß dieser Spagat brenne, und forderte die Hausfrau auf, ihn wegzuworfen; kaum auf den Boden geworfen, bligte dieser Knäuel auf und ein ungeheurer Knall machte die Wände zittern. Fensterscheiben und alle Einrichtungen von Glas waren zertrümmert und eine Rauchwolke drang beim Fenster hinaus. Der Knall, der darauf folgende Rauch und das Hilfseschrei der Frauenzimmer versammelte eine Menschenmenge in der Gasse, welche in größter Aufregung und Unruhe lange nach der Ursache dieses Knalles forschten. Die abenteuerlichsten Gerüchte circulirten, bis endlich durch den Polizeicommissär der Sachverhalt dargestellt wurde.

— (Mord.) Der „P. Lloyd“ meldet aus Nagy-Körös: Ein wohlhabender Bauer, der auf der Fusta Nyilas wohnt, hatte Geschäfte in N. Körös und übernachtete in seinem eigenen, daselbst befindlichen Hause, welches an einen anderen Bauern vermietet ist. Dieser mußte bei dem Hauseigentümer eine größere Geldsumme verumthuen, denn Nachts drang er in das Zimmer des Schlafenden und erschoss den Wehrlosen. Die Leiche verscharrte er in einem großen Düngerhaufen beim Hause; allein noch in der Nacht überlegte er, daß dies denn doch kein sicherer Ort sei, er spannte daher seine Pferde vor den Wagen, holte den Leichnam wieder hervor, legte ihn auf das Fuhrwerk und führte ihn zu einem eine Viertelstunde weit entfernten Brunnen, in welchen er ihn warf. Die Leiche wurde jedoch schon am anderen Morgen entdeckt, die sofort eingeleitete strenge Untersuchung ergab, daß der Miether im Besitze der Varschaft des Ermordeten (180 fl.) war, weshalb jener dem Criminalgerichte übergeben wurde. Der Ermordete war Vater von 6 Kindern, über den Mörder wird das Standgericht urtheilen.

— (Ein Mordanfall in der Kirche.) Am 8. d. M. wurde in der Domkirche zu Berlin auf den Hilfsprediger Heinrich ein Mordanfall gemacht. Man erfährt hierüber Folgendes: Als im Beginn des Vormittagsgottesdienstes vor zahlreichen Andächtigen der Hilfsprediger Heinrich in der königlichen Domkirche die Liturgie leitete und eben die ersten Worte des Glaubensbekenntnisses sprach, drängte sich plötzlich, den Küster Pape bei Seite schiebend und einige Worte sprechend, aus denen man den Zuruf: „Du lügst, nieder mit Dir!“ herausgehört haben will, ein blasser junger Mann mit verstörtem Angesicht, dem die Brille das Ansehen eines Studenten gab, in das Gitter des Altarraumes, trat bis auf die Entfernung von etwa drei Schritten an das Betpult des Geistlichen und feuerte, ehe man ihn hindern konnte, mit hochgehobener Rechten ein Terzerol gegen den nichts ahnenden Prediger Heinrich ab, jedoch ohne denselben zu verletzen. Im näm-

lichen Augenblicke und ehe noch die erschrockene Gemeinde recht wusste, was geschehen war, wurde indessen der Uebelthäter von dem Küster ergriffen, unter Assistenz mehrerer Personen zur Sacristei geführt und von hier aus der Polizei übergeben, während Herr Heinrich mit bewundernswerther Geistesgegenwart, ohne sich durch die Bewegung unter seinen Zuhörern stören zu lassen, sein Gebet mit erhobener Stimme zu Ende brachte und dann abtrat, als ob nichts geschehen wäre. Welchem Umstande diese Rettung zuzuschreiben ist, läßt sich noch nicht genau entscheiden. Einerseits nämlich wird behauptet, der Geistliche habe sich im Augenblicke des Schusses betend niedergebeugt, so daß die Kugel über sein Haupt hinweggeschossen sein mag, während andererseits verschiedene Umstände dafür sprechen, daß das Terzerol gar nicht scharf geladen gewesen sei. — Der Thäter nämlich, ein junger achtzehnjähriger Mensch, Namens Vielau, der sich Schauspieler nennt, eine tüchtige Gymnasialbildung genossen haben, aber seines auffahrenden, wankelmüthigen Wesens halber schon von seinen Schulkameraden stets gehänselt worden sein soll, ist so excentrischer Natur und geberdete sich auf dem Transport zum Gefängniß in so auffälliger Weise, daß man fast zu dem Glauben sich neigen möchte, die ganze That sei nur in Scene gesetzt worden, um eben etwas besonders Auffälliges zu beginnen, und der Thäter habe in seiner Aufregung die Kugel vergessen. — Die angestrengtesten Nachforschungen der Kirchenbeamten nach dem Verbleib des Geschosses oder nach irgendwelchen Spuren desselben an der unmittelbar hinter der Schußlinie befindlichen Chorbauwand sind wenigstens resultatlos geblieben.

(Wie man Millionen erwirbt.) Ein sehr bekannter Speculant, erzählt die Berliner „Zukunft“, kaufte vor einigen Jahren von einem Grafen aus bekannter Adelsfamilie in Ostpreußen ein Gut um den Preis von 450.000 Thalern, ließ jedoch in den Kaufcontract die Clausel aufnehmen, daß die Kaufsumme in Actien einer ihm gehörigen Eisenbahn gezahlt werden sollte. Der alte Landjunker, mit den Finnesen des Sports mehr vertraut, als mit den weit gefährlicheren und halsbrechenderen Manipulationen der heutigen Speculation, ging arglos diese Bedingung ein. Darauf reiste der alte Graf mit seiner Familie nach Berlin, um die Eisenbahn-Actien umzusetzen und seine alten Tage hier zu verleben. Aber welche Entsetzungen erlitt er, als ihm von dem Bankier, an den er sich wendete, erklärt wurde, daß die Actien sich höchstens zum Course von 22 würden umsetzen lassen; also circa 90.000 Thaler statt 450.000! Dieser Verlust reichte gerade hin, um den Grafen, der mit diesen 90.000 Thalern nicht einmal den auf ihm lastenden Verbindlichkeiten nachkommen konnte, zum Bettler zu machen. Heute befindet sich der Graf im Irrenhause, seine Töchter, zu stolz, Verwandten zur Last zu fallen, arbeiten in Noth und Armuth für ein Tapissier-Geschäft, und der Speculant — nun der schwelgt in seinen Millionen. Es ist dies eine von den vielen in ganz gleicher oder ähnlicher Weise gemachten „Speculationen“ dieses Millionärs.

Locales.

(Vicinalbahn.) Das Handelsministerium hat der priv. Actiengesellschaft für Vicinalbahnen die Bewilligung zu Vorarbeiten für eine Locomotiveisenbahn von Cilli im Anschlusse an die Südbahn nach Wötking (Krain), auf die Dauer eines Jahres, ertheilt.

(Stipendium für Techniker.) Seitens der Sparcassedirection wird für Studirende, welche sich den höheren technischen Studien widmen wollen und aus Krain gebürtig sind, ein in Erledigung gekommener Stiftpfatz jährlicher 157 fl. 50 kr. ausgeschrieben. Gesuche sind bis 31sten d. M. an die Sparcasse-Kanzleivorsteherung zu übergeben.

(Als Vertheidiger) hat in dem ersten Proceß, der in Graz durch Geschworne entschieden wurde, in der vorgestern geschlossenen Verhandlung gegen Herrn Zimmerman, Herausgeber der „Freiheit“, welche bekanntlich mit Freisprechung endete, unser Landsmann Herr

Dr. Julius Kosjek seinen Ruf nach dem einstimmigen Urtheile der Presse glänzend begründet.

(Schnee im August.) Die andauernden starken Regengüsse der letzten Tage hatten ein bedeutendes Sinken der Temperatur zur Folge, aus welcher man bereits auf eingetretene starke Schneefälle in den Alpen schließen konnte. In der That zeigten sich gestern die Alpen, insbesondere die letzten Ausläufer derselben und der sogenannte Steiner Sattel ganz mit Schnee bedeckt, der bis 4000 Fuß herabreichte.

(Allgemeiner österreichisch-ungarischer Feuerwehrtag.) In Klagenfurt ist ein Centralausschuß zusammengetreten zur Gründung eines Verbandes der freiwilligen Feuerwehren der österreichisch-ungarischen Monarchie. Derselbe hat nun in einem Sendschreiben einen „allgemeinen österreichisch-ungarischen Feuerwehrtag“ auf den 5. und 6. September d. J. nach Klagenfurt einberufen. Der Zweck dieses Verbandes ist die Schaffung eines Organes, welches mit allen gesetzlichen Mitteln den beiden Regierungen, dann den Reichs-, Landes- und Communalvertretungen gegenüber die Interessen des Pöschwesens zu vertreten und zu dessen Hebung und Ausbildung in fachmännischer Richtung durch Feuerwehrtage, durch Ausstellungen, ferner durch ein Fachorgan wesentlich beizutragen bestimmt sein soll.

(Die Losung in Triest zum Behufe der Militäraushebung ging gestern in der großen Caserne in vollkommener Ordnung von statten. Die Conscripten sowohl aus der Stadt als aus dem Territorium hatten sich zahlreich eingefunden. — Dem Berichte des „Osserv. tr.“ über die Ruhestörungen am Donnerstag entnehmen wir noch, daß in den späteren (Vormittags-) Stunden die Barriera vecchia, die Madonninagasse, die Seitengassen der Corsia Stadion, Riborgo und ein Theil des Corso von Schaaren der berüchtigsten Strolche heimgesucht waren, die auf Beute ausgingen. Mehreren Personen wurde Geld abgepreßt; einige Häuser der Barriera vecchia und in Riborgo wurde von den Frechsten besetzt und eine Bande von ungefähr 60 Individuen ging in offenbar verbrecherischer Absicht auf einige der angesehensten und reichsten Kaufleute im Mittelpunkte der Stadt los.

Jene Bande, welche zwischen 4—6 mit einem an eine Stange gebundenen rothen Feszen herumzog und dem leider ziemlich zahlreichen, zu jedem Verbrechen aufgelegten, bei allen Ruhestörungen eine Hauptrolle spielenden Abscham der hiesigen Bevölkerung angehörte, schrie aus voller Kehle: „Es lebe die Republik! Es lebe die Triester Republik!“ — und überließ sich dann verschiedenen communistischen Attentaten. Der „Osserv. tr.“ bemerkt schließlich noch, daß die Truppen in den Casernen consignirt waren.

(Friedau, 10. August. (Tabor.) Der am 8. August eine halbe Stunde außer Friedau abgehaltene Tabor war von beiläufig 2000 Menschen besucht, worunter die Hälfte dem weiblichen Geschlechte angehörte. Auch aus Croatien sind Gäste eingetroffen. Wenn man nun annimmt, daß der Friedauer Bezirk an 19.000 Seelen zählt und gleichwohl die Vetheiligung so gering ausgefallen ist, so ist dies für die Sympathie bezeichnend, welche die Tabor bei uns haben. Die Redner hatten wieder das bekannte Thema: Hinaus mit den Nemstutarij! (Deutschthümern) und der deutschen Sprache aus unserem Weinlande! und jenes: Wir wollen ein Kronland Slovenien haben! in der bekannten Weise behandelt.

Neueste Post.

Prag, 11. August. (Pr.) Der böhmische Landtag wird, wie die übrigen cisleithanischen Landtage, am 30. September eröffnet.

Lemberg, 11. August, 9 Uhr Abends. Zur Säcularfeier der Lubliner Union fand Vormittags ein zahlreich besuchter Gottesdienst in der Dominicanerkirche statt. Hierauf wurde zur Errichtung eines Denkhügels auf dem hiesigen Schloßberge geschritten; Smolka machte nach einer kurzen Ansprache den Anfang; ihm folgten die Mitglieder des Stadtrathes, viele Corporationen und Deputationen.

Trotz des andauernden Regens hatte sich ein zahlreiches Publicum an der Feierlichkeit betheiliget. Während des Gottesdienstes waren alle öffentlichen Locale geschlossen. Gegenwärtig ist die Stadt glänzend illuminirt und findet im Theater eine Festvorstellung statt.

Gestern Abends beschloß eine Versammlung der hiesigen Landwirthe und Industriellen behufs Erlangung niedrigerer Waarentarife der galizischen Eisenbahnen eine Deputation nach Wien zu entsenden und hierorts ein ständiges Comité zu bilden.

London, 11. August. Das Parlament wurde heute vertagt. Die Schlußrede besagt: Die Königin ist erfreut über die ununterbrochen sehr herzlichen Freundschafts-Verbindungen der auswärtigen Regierungen; ihr Vertrauen in die Fortdauer des Friedens wurde in diesem Jahre erhalten und befestigt. Die Verhandlungen mit Amerika wurden durch gemeinsames Uebereinkommen suspendirt. Die Königin erhofft eine fernere Bewahrung der Freundschaft auf dauerhafter Basis. Die Königin dankt schließlich für die Bewilligung der Gelder und für die genehmigten Bills, namentlich für die irische Kirchenbill, als ein Mittel zur Verjöhnung Irlands.

Madrid, 10. August. Der Zeitpunkt der Abreise Prim's nach Vich ist noch nicht festgestellt; man glaubt, er werde Ende dieses Monats abreisen.

Madrid, 11. August. Eine gestern signalisirte Carlistenbande wurde bei Vich angegriffen und ohne Kampf vom General Baldrich zerstreut. Eine aus 30 Mann bestehende, schlecht bewaffnete Bande wurde in der Provinz Guadalupe signalisirt und wird eifrig verfolgt. Die von Polo geführte Bande wurde in den Gebirgen von Toledo vollständig eingeschlossen. Aus dem übrigen Spanien wird nichts neues gemeldet.

Telegraphische Wechselcourse vom 12. August.

5perc. Metalliques 62.60. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62.60. — 5perc. National-Anlehen 71.90. — 1860er Staatsanlehen 100.90. — Bankactien 778. — Creditactien 310.80. — London 123.65. — Silber 120.50. — R. f. Ducaten 5 88.

Handel und Volkswirtschaftliches.

(Österreichischer Lloyd.) Die Unterhandlungen dieser Gesellschaft mit der englischen Regierung bezüglich Erwerbung eines Stationsplatzes in Bombay sollen bereits zu Ende geführt sein und, so viel bis jetzt verlautet, zu den günstigsten Resultaten geführt haben. Die Gesellschaft gedenkt demnach mit 1. December 1869 oder spätestens mit 1. Jänner 1870 die Fahrten bis Bombay auszuweiten, und so ist auch die Errichtung von General-Agenturen in Port Said, Suez, Aden und Bombay eine bevorstehende Sache. Auf dem erworbenen Territorium in Bombay soll eine kleine Werste behufs Reparaturvornahme, sowie eine Hauptloksstation errichtet werden. Im Zusammenhange mit dieser Mittheilung meldet ein Wiener Blatt, daß die Verwaltung des Lloyd eine Anleihe anzunehmen gedenke.

Angekommene Fremde.

Am 10. August. Stadt Wien. Die Herren: Favorel, Plesche, Hochfinger und Glaffer, Kunst.; Udolet und Lalla, Privatiers, und Kuller, von Wien. — Seitz, Prof., von Krainburg. — Tschinkel, Handels-Commis, von Neffelthal. — Zobel, von Triest. Ciefant. Die Herren: Kohn, von Graz. — Marini, Handelsm.; Karlin, Bauunternehmer, und Ballofi, von Triest. — Krebs, Geschäftsbreis, und Ribano, von Wien. — Kozian, Realitätenbesitzer, aus Steiermark.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: August, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Wiener Zentnern. Data for August 11th and 12th.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

(Börsenbericht.) Wien, 11. August. Das Borgeschäfte eröffnete zu matten Course; im Verlaufe desselben und an der Mittagsbörse trat jedoch eine sehr erhebliche Besserung ein und waren besonders Banpapiere Gegenstand lebhafter Nachfrage. So wurden Anglo bis 417.50, Franco bis 150.50, Credit 310.50, Vereinsbank 135, Wienerbank 186, Banke Siebenbürger, ungar. Nordost und Tramway billiger abgegeben. In letzteren namentlich war ein starkes Angebot vorherrschend. Papierrente blieb gut behauptet, Silberrente besser bezahlt. Banke Staatslofen waren jene von 1860 stark offerirt, dagegen 1864er gesucht. Devisen auf deutsche Plätze hielten annähernd die gestrigen Course, jene auf London und Paris ermäßigten sich auf die Notiz. Von Comptanten waren Ducaten höher, mit 5 fl. 90 kr. gesucht.

Table with financial data organized into columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Pfandbriefe, F. Prioritätsobligationen, G. Privatlofen, H. Wechsel, I. Cours der Geldsorten. Includes various bank names and interest rates.